

Königsberger Hartungsche Zeitung

Die Königsberger Hartungsche Zeitung erscheint täglich zweimal als Morgen- und Abendblatt. Bezugspreis in Königsberg bei Abholung monatlich 260 M., wöchentlich 65 Pf., frei Haus monatlich 3 M., durch die Post monatlich 5 M., Einzelblätter 10 Pf.
Anzeigenpreis 25 Pf. für die zehnmal gespaltene Kolonzeile, 150 M. für Reklamen. Kleine Anzeigen aus Stadt und Provinz 20 Pf. die Zeile, aus dem Reich 35 Pf. die Zeile. Bei Sammelanzeigen und Auslandsaufträgen werden Preiszuschläge erhoben. Wiederholungsrabatte nach Tarif.
Fernsprecher Nr. 5, 36, 101, 3307, 7883. — Berliner Vertretung: Berlin SW. 68, Kochstraße 22 (Fernruf: Dönhof 3686—3695). — Postschecknummer 147 Königsberg Pr.
Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Königsberg, Münchenhof.

Der Kampf um die Sessel Noch sind sie leer

Aufatmen der Deutschnationalen

Eigene Drabung der „Hartungschen Zeitung“
z. Berlin, 27. Januar. Die Radikale, daß die Demokraten beschlossen haben, sich an der Regierungsbildung nicht zu beteiligen, wird in deutschnationalen Kreisen mit einem hörbaren Anstauen der Erleichterung aufgenommen. Der „demokratische Aufstand“ ist von den Deutschnationalen gewichen. Allein mit dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei gelassen, können sie ihre persönlichen Wünsche bei der Kabinettbildung leichter durchsetzen zu können. Das tröstet die Deutschnationalen sogar über den schweren Schlag, den sie die vorzeitige Veröffentlichung der Richtlinien des neuen Regierungsprogramms bedeutet hat. Voll überzeugt steht der „Volksanzeiger“: „Die Demokraten wollen nicht mitmachen. Das erleichtert die Verhandlungen über die Personalfrage.“ Auch die „Deutsche Tageszeitung“ gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die Bahn für eine schnelle Zusammensetzung der Regierung zunehmend völlig frei ist. Trotz der Gewissheit, daß der Bildung des neuen Kabinetts keine ernsten Gefahren mehr drohen, will man auf deutschnationaler Seite manches, was in den letzten Tagen passiert ist, nicht wahr haben. Die Richtigkeit der vorzeitigen Richtlinien wird übrigens von keinem deutschnationalen Blatte gelengnet und nur die rechtsextreme „Deutsche Zeitung“ gibt sich aus agitatorischen Gründen den Anschein, als ob ein so weitgehender Umfall der Deutschnationalen nicht glaubhaft wäre. Die offiziellen Zeitungen der Deutschnationalen Volkspartei, wie die „Kreiszeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ jagen dagegen ihrer Besetzung den Inhalt der Richtlinien noch immer schamhaft zu verschweigen und operieren dafür mit gespielten Entrüstungen mit dem Worte „Diskretion“. Die „Deutsche Tageszeitung“ findet die salomonische Denung, die Formulierung eines Programms für die Tätigkeit der Regierung soll durchaus kein Zwang für die Vertragspartner zur Ausgabe ihrer Parteiprogramme und Parteiprinzipien bedeuten.

Im übrigen steht auch das neue Bürgerblad-Kabinett im Reichstag auf recht schwachen Füßen. Das dritte deutschnationale gesägte Kabinett Marx wird insgesamt nur über 298 Stimmen im Reichstag verfügen (Deutschnationale 110, Zentrum 68, Deutsche Volkspartei 51, Bayerische Volkspartei 19). Da der Reichstag 493 Mitglieder zählt, ergibt sich also, daß die neue Regierung in Wirklichkeit nur eine Mehrheit von 3 Stimmen aufzuweisen hat. Die neue Regierungskoalition rechnet zwar auf die Unterstützung der 21 Wirtschaftspartei, aber die Wirtschaftspartei, die aber wohlwollende Neutralität angelegt hat, ist bei ihrer heterogenen Zusammensetzung ein sehr unsiherer Faktor, zumal sie in gewissen Fragen, namentlich, was die Außenpolitik anbelangt, im ausgedehnten Gegensatz zu den Richtlinien des Regierungsprogramms steht. Die vom Reichspräsidenten in seinem Brief an Marx gewünschte sichere Mehrheit durch den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung ist also kaum zu erwarten.

Die Verteilung der Ministeräume

Als Anwärter für den Befehlshaberposten gilt Abg. Wallraf. Den Demokraten ist für den Fall ihres Eintritts es immer zu berücksichtigen, daß diese Ministerliste von rechtsliegenden Kreisen angestellt worden ist — das Justizministerium vorbehalten, eventuell Dr. Reinhold als Finanzminister.

Die Deutsche Volkspartei, die den Verkehrsminister kürzlich abgetreten ist, würde Auswärtiges und Wirtschaftsministerium behalten, die Bayerische Volkspartei das Postministerium mit Stingl. Das Zentrum würde neben dem Kanzler und dem Arbeitsminister die belebtesten Gebiete behalten, ebenso, wenn Dr. Reinhold ausscheidet, auch das Finanzministerium, für das es den badischen Finanzminister Röhler in Aussicht genommen hat.

Für das Reichswehrministerium scheint immer noch Dr. Gehler in Aussicht genommen zu sein.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man, wie das B.D.Z.-Büro hört, damit, daß noch heute abend das neue Kabinett zusammen wird. Die letzte Entscheidung über die Besetzung der einzelnen Ministeräume dürfte in den für heute abend einberufenen Koalitionsversammlungen des Zentrums und der Deutschnationalen fallen, die sich vielleicht bis Mitternacht ausdehnen. Sicher werden folgende Namen genommen: Zentrum: Reichsführer Dr. Marx, Reichsfinanzminister: Badischer Staatspräsident Dr. Köhler, Arbeitsminister: Dr. Braun, beide Gebiete: Dr. Bell; Deutschnationale: Justiz: Graef-Düringen oder Dr. von Drahander; Innere: von Lindeiner-Wildau, Ernährung und Landwirtschaft: Schiele oder Freiherr von Stauffenberg, Verkehr: Dr. h. c. Koch; Deutsche Volkspartei: Außenminister: Dr. Stresemann, Wirtschaftsminister: Dr. Curtius, Reichspostminister: Stingl, Bayerische Volkspartei, dürfte im Amt bleiben, ebenso Reichswehrminister Dr. Gehler.

Diese jetzt in den Wandergängen beprochenen Ministerliste kann natürlich noch nicht als authentisch gelten.

Amtlich wird gemeldet . . .

w. Berlin, 27. Januar. Über die Verhandlungen vom Donnerstag wird von zuverlässiger Seite folgende Mitteilung ausgetragen: Heute vormittag wurden vom Reichskanzler die Verhandlungen mit den Parteiführern der an der Regierungsbildung beteiligten Parteien fortgesetzt. Gleichzeitig verhandelten an den Büros des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius und des Reichsarbeitersministers Dr. Braun mit Vertretern der gleichen Parteien über die Grundlagen des Wirtschafts- und Sozialprogramms der künftigen Regierung. Nachdem die Stellungnahme der demokratischen Fraktion am Nachmittag erfolgt war, wurde die Aussprache beim Reichskanzler, insbesondere in Persönlichen Fragen, wieder aufgenommen, die bis in die späten Nachstunden andauerten.

Die Verhandlungen unterbrochen

Eigene Drabung der „Hartungschen Zeitung“
z. Berlin, 27. Januar. Um 10 Uhr abends sind die Verhandlungen unter den Koalitionsparteien wegen der Verteilung der einzelnen Ministeräume abgebrochen worden, obwohl Marx die Absicht hatte, sein neues Kabinett bereits morgen früh dem Reichspräsidenten vorzulegen. Diese Absicht ist an den Deutschnationalen gescheitert, die in ihrer heutigen Fraktionssitzung zunächst ihren Unterhändler vorwirke machen wegen der politischen Richtlinien und dann einen Beschluss fassen, der die bisherigen Vereinbarungen mit dem Reichskanzler, wonach die Deutschnationalen vier Ministeräume erhalten sollten, umstößt. Die deutschnationale Fraktion verlangt jetzt auch das Reichsfinanzministerium für sich, das dem Zentrum fest zugesprochen worden war. Graf Westarp begab sich zum Reichskanzler und teilte ihm diese Forderung mit. Eine Entscheidung darüber war natürlich ohne Verhandlung nicht möglich. Die Deutschnationalen hätten zwar gerne noch in diesen späten Stunden auf einen Beschluss des Zentrums gewartet. Dr. Marx erklärt aber, daß er nach den anstrengenden Verhandlungen des heutigen Tages nicht mehr in der Lage sei, noch länger auf Beschlüsse zu warten. Es werden also die weiteren Verhandlungen erst morgen fortgesetzt. Da die Zentrumspfraktion erst um 1 Uhr mittags zusammensetzt, wird die Ministerliste wohl kaum vor Abend fertig sein.

Eine Erklärung der Demokraten

B.D.Z. Die demokratische Reichstagsfraktion veröffentlicht folgende Erklärung:

Die deutsche demokratische Fraktion bedauert, daß die Verhandlungen über eine Koalition der Mitte vom Reichskanzler Marx vorzeitig abgebrochen sind. Eine tragfähige Koalition der Mitte hätte sich auf Grund des Zentrumsmannitutes bilden lassen. Sie ist ebenso wie die Große Koalition daran gescheitert, daß starke Kräfte unter Ablehnung aller anderen Möglichkeiten vornehmlich auf die Rechtsregierung hingearbeitet haben.

Die Richtlinien, die mit den Deutschnationalen vereinbart worden sind, bedeuten eine völlige Preisgabe der bisherigen deutschnationalen Opposition gegen die Außenpolitik von Rathenau bis Stresemann.

Innenpolitisch bedeutet sie, wenn sie auch hinter dem Zentrumsmannitum zurückbleibt, eine Anerkennung der Republik und den Schutz ihrer Symbole während dieser Staatströmung und den Farben Schwarz-Rot-Gold des erbitterten Kampfes der Deutschnationalen galt. Auf dem Gebiete einer Reform der Reichswehr werden weitgehende Versprechungen in unserem Sinne gemacht.

Dagegen weisen die ohne weitere Mitwirkung festgestellten Richtlinien auf dem Gebiete der Schule eine unerträgliche Einseitigkeit auf. Die Forderung vollständiger Berücksichtigung der konfessionellen und der weltlichen Schule mit der Gemeinschaftsschule steht im Widerspruch mit der Reichsverfassung und den Erklärungen, die sämtliche Parteien der Weimarer Koalition zu dem Artikel 146 abgegeben haben.

Weiter sieht die Fraktion einen besonders bedeutsamen Mangel in dem fehlenden wissenschaftspolitischer Richtlinien.

Aber überhaupt betrachtet die deutsche demokratische Fraktion den Wert solcher Richtlinien als problematisch, wenn die Zusammenziehung der Regierung nicht die Gewähr für eine gute Durchführung gibt. Diese Gewähr nicht in einem Kabinett zu erkennen, in dem Männer eine führende Stellung haben, deren heutige Vorste mit ihren Taten und Worten von gestern in unlösbarem Widerspruch stehen.

Die Fraktion glaubt deshalb in der Opposition mit besseren Erfolgen für die Erfüllung der in den Richtlinien gegebenen Versprechungen für die Wahrung der deutschen Geistesarbeitsfreiheit und für die Sicherung einer gerechten Wirtschafts- und Finanzpolitik und einer gerechten Steuerpolitik wirken zu können.

Die Rechtsregierung

Dr. Königsberg, am 27. Januar.

Die Rechtsregierung ist seitig. Trost des Geschehens über die „Indiscretion“ der inoffiziellen Veröffentlichung der Richtlinien, die als Grundlage des Regierungsprogramms dienen sollen, hat die Deutschnationale Volkspartei sich damit abgefunden, daß ihren Anhängern etwas plötzlich ein Licht darüber aufgestellt wurde, daß selbst Ministeräume in der deutschen Republik „eine Messe wert“ sind. Die Drohung, daß durch die Veröffentlichung der Richtlinien eine neue Lage geschaffen wäre, die zu Verhandlungen auf neuer Grundlage führen müßte, hat wohl ohnehin niemand ernst genommen, da ja von den beteiligten Verhandlungsparteien vor der Veröffentlichung am Mittwoch bereits das Zustandekommen der Vereinbarung unter sich verbündet worden war. Wenn aber die Richtlinien von Deutschnationalen, Zentrum und Volkspartei mit der von Marx den Demokraten entgegengehaltenen Klaue „no varietur“ angenommen würden, was könnte dann die Veröffentlichung an der sachlichen Übereinstimmung noch ändern.

Tatsächlich hat man zugeben müssen, daß die Richtlinien richtig inhaltsgesichert sind. Das aber ist die Hauptaufgabe, die bei der Bearbeitung dieses etwas komisch anmutenden Entrüstungsturmes ins Gewicht fällt. Freilich, so erklären die neuen Republikaner und Erfüllungspolitiker, existiert neben den Richtlinien noch ein Protokoll, das die einzelnen Punkte kommentiert, und dieses Protokoll ist in mystisches Dunkel gehüllt. Das Volk in seiner Gesamtheit soll offenbar und nicht erahnen, wie sie die Richtlinien „auflassen“.

Das ist es, was bedenkllich stimmen könnte. Trotz der in bezug auf die Außen- und Innenpolitik und die Bestimmungen über die Reichswehr einwandfreie Richtlinien bleibt also, abgesehen von der Personalfrage, immer noch ein Grund zum Misstrauen übrig, der, wie wir gestern schon andeuteten, durch die Verschiedenheit der Auslegung der Verfassung bestimmen wird. Die Deutsche Demokratische Partei hat in der von den heutigen Regierungsparteien vereinbarten Formulierung der Richtlinien für das Reichswehrgebot eine Verfassungswidrigkeit gesehen, die gemeinsame Grundschule darin als Norm bestimmt, die Bevölkerung und die Weltanschauungsschule nur zugelassen wird, „so weit hierdurch der geordnete Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird“. Die Deutsche Volkspartei scheint das Misstrauen gegen das angekündigte Schulgebot nach den Anmerkungen ihrer Presse zu teilen, indem es offiziell von ihr auch nicht ausgesprochen wird, und ihr Wunsch, daß die Demokraten in die Regierung eintreten, entspringt wohl der Erkenntnis ihrer Isolierung in den lutherpolitischen Fragen. Wenn aber die Demokraten auch der Regierung nun nicht angehören, so unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß sie nach ihren Erklärungen auch als Oppositionspartei energisch für die Freiheit der Schule eintreten werden. Es wird also von der Sozialdemokratie und der Volkspartei abhängen, wie schließlich das angekündigte Reichswehrgebot aussehen und gefestigt wird.

Recht sonderbar berührt es, daß man die Mittelstandsfraktion nicht in den Richtlinien, sondern angeblich im „Protokoll“ behandelt hat. Wenn man die täglichen Versprechungen der Rechtspolitiker und der Rechtsopposition dagegen hält, ist diese Auslassung schwer zu verstehen.

Doch die Regierung ist nun gebildet und ihr Programm wird uns vielleicht am 3. Februar etwas ausführlicher sagen, was sie will. Sie wird einer scharfen Prüfung standhalten müssen und die Opposition wird eifrig darüber wachen, daß sie von den außen- und innenpolitischen Richtlinien nicht abweicht. Wir hoffen es freilich lieber geben, wenn die in ihrer republikanischen Gesinnung weniger neuen Parteien die Regierung gebilligt hätten und die Sozialdemokratie sich vielleicht heute schon bedauern, daß sie durch ihre verbreitete Agitationserfolge berechnete Taktik die Krisenabsichten derer um Schröder und Westarp blödlings fördernde und schließlich herbeiführte, doch mag auch diese Entwicklung notwendig gewesen sein, um einmal den Reichswehr, die den großen Werten der Volkspartei und der Deutschnationalen gefolgt sind, zu zeigen, daß Regieren doch etwas anderes ist als Schwadronieren, und daß die bisher befohlenen republikanischen Richtlinien die einzigen waren und sind, mit denen sich regieren läßt.

Die Personenfrage ist der sachlichen gegenüber ziemlich nebenbei. Ob die Deutschnationalen 8 oder 4 Ministerien besetzen und wieviel jeder der anderen Regierungsparteien zu stiften, darüber möchten sie sich nicht streiten. Das war ihre Sache. Dr. Herr von Lindeiner-Wildau oder ein anderer Deutschnationaler an die Stelle von Kühl tritt, will wenig bedeuten, ob Herr Schiele oder Dr. v. Stauffenberg Ernährungsminister ist. Bleibt Jäckel wie Hofe, und ob Herr Graef oder Dr. v. Drahander Reichsjustizminister und Herr Koch (der deutschnationale Koch) Reichsverteidigungsminister ist, der Geist bleibt der gleiche. Auch von den Ministern, die bereits im Kabinett sitzen, und Überreichungen nicht zu erwarten.

Der neue Rektor der Pariser Akademie

w. Paris, 27. Januar. An Stelle des vertriebenen Rektors der Akademie von Paris, Lapié, hat der Unterrichtsminister den bisherigen Rektor der Universität Straßburg, Charly, ernannt.

Soos in Weimar Republik und Bürgerblodregierung

(Gigene Drachtna der Sozialdemokratischen Zeitung)

u. Berlin, 27. Januar. In einer großen öffentlichen Verkündigung der Deutschen Demokratischen Partei führt gestern oben der Reichsminister des Innern, Karl Schreyer unter anderem aus:

Bei der jetzigen Situation im Reiche wird sich die Sozialdemokratie vielleicht doch sagen, daß es im Dezember vorher Jahres doch klar gewesen wäre, die Regierung der Republik zu rufen. Die Leider von der Deutschen Volkspartei so hauptsächlich vereitelt. Große Partei wäre zweifellos die beste Lösung gewesen, weil sie alle Parteien geeinigt hätte, bis mit starkem inneren Bewußtsein die Außenpolitik der Beständigung fortsetzen wollten. Auch hätten die Vertreter der Großen Koalition den revolutionären Gedanken am besten vertreten. Es ist höchst bedenklich, die Sozialdemokratie, die doch wohl noch immer bessere Vertreterin der Republik zu sein scheint als die Deutschnationalen, in die Opposition zu führen in dem Augenblick, wo sie bereit waren, im Staate einzumarschieren. Die Vertreter des Reichsministers hätten diesen Schluß beraten, als sie ihn in dem Briefe an den Reichskanzler Wirth mit der Auforderung, eine Bürgerblodregierung zu bilden, veranlassten. Dem Reichspräsidenten, als dem höchsten Repräsentanten des Staates, sollte man den politischen Kampf vorbehalten; man hätte nicht daran dürfen, daß er in einer parteipolitischen Aktion hineingezogen würde, und man hätte ihm auch nicht raten dürfen, zwischen bürgerlichen und nichtbürgerlichen Parteien zu unterscheiden. Bürger seien alle Deutsche, und Arbeiter ständen auch in den Reihen des Zentrums und der Demokraten. Das Manuskript des Zentrums war allerdings für die Deutschnationalen ein harter Bissen gewesen. Sie waren ihren Wählerinnen gegenüber bedroht in einer etwas peinlichen Prozeßsitzung, die schon länger zu bestehen, daß es den Deutschnationalen mit dem Komitee um die Monarchie nicht mehr ganz ernst sei. Sie kämpfen nicht für Wilhelm, sondern für die Wiederherstellung der Machtstellung der ehemals bevorzugten Schicht in der Verwaltung und in der Wirtschaft.

Wenn in den Nachlinien von Marx jetzt von den Deutschnationalen auch der Sozialismus angenommen werden soll, was das in die Reichswehr keine Verfassungseinheit mehr eingestellt werden dürfen, so wird demnächst angegeben, daß dieser in politisch widrige Weise verfassungseinheitliche Elemente eingeflossen worden sind. Berlin hat nun ja gejagt über die von den Demokraten und Sozialdemokratien gewünschte Aenderung und sie für die Bevölkerung als untragbar befürchtet, wenn man ihr jetzt doch antwortet. Nach seiner Aussicht, erklärt Soos, müßten die Demokraten dem Bürgerblod regierenbleiben. Er habe kein Vertrauen, daß mit den Deutschnationalen wirklich republikanische Politik zu machen sei. Auch ausserpoliticisch müßte sich eine Bürgerblodregierung schlecht auswirken.

Es sei gut, wenn die Demokraten zeigen, daß nicht alle sogenannten bürgerlichen Parteien mit der jetzigen Lösung der Verfassungseinheit einverstanden sind. Gewiß kann kein verantwortungsbewußtiges Parlament verneinen, daß ein Eintritt der Demokraten in die neue Koalition im Interesse der Republik wichtig ist, um der Gefahr vorzuhängen, daß das Reutrum im weiteren noch rechts verschoben werde. Politik sei aber oft kein Rechenergebnis. Nicht alle Situationen können mit dem Verstand entschieden werden. Sein politisches Gewissen sage ihm, daß die Deutschnationalen sich noch nicht so weit entwickelt hätten, daß die Demokraten mit ihnen in einer Regierung sitzen könnten. Christliche Deutschnationale müssen umgedreht ebenso sagen. Die Demokraten müßten daher zu der neuen Regierung in einer sozialen Opposition treten und sich aufzuschwärmen für eine klare republikanische und sozial eingestellte Regierung der Zukunft.

Der Pariser Vergleich formuliert Gemeinsam Prüfung durch die Botschafterkonferenz

(Gigene Drachtna der Pariserischen Zeitung)

u. Paris, 27. Januar. Das interalliierte Militätkomitee ist heute nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten, an der auch die deutschen Delegierten teilnahmen. Die Verhandlungen gelten der endgültigen Formulierung des auf Grund der letzten deutschen Vorschläge zustandekommenen Kompro-

Die gefälschten Reichswehrprotokolle

w. Berlin, 27. Januar. Zu der Veröffentlichung des Interalliierten Ordens über die Aufstellung gefälschter Geheimprotokolle über Sitzungen im Reichswehrministerium mit dem in diesem Sachverhalte genannten Schreyer kommen erfahren eine briefige Korrespondenz von maßgebender Seite, daß diese gefälschten Protokolle bereits seit über Jahrzehnt bekannt sind. Gegen die Fälscher schwört ein gerichtliches Strafverfahren. Im übrigen könnte bei dieser Gelegenheit darum hingewiesen werden, daß dies nicht die einzige Fälschung von Protokollen über angeblichen Beschlüssen sei, mit der in der letzten Zeit gegen die Reichswehr gearbeitet worden sei. An den zuständigen Stellen seien mehrere beratende Räume bekannt, wegen deren ebenfalls die Ermittlungen schwelen.

w. Berlin, 27. Januar. Zu der Veröffentlichung der gefälschten eingeschlagenen Reichswehrdokumente steht eine briefige Korrespondenz mit, daß die im Zusammenhang mit diesen Fälschungen verdeckte Persönlichkeit, ein angeblicher Dr. Schreyer ist, der in dem vom Jungo veröffentlichten Protokoll als Vertreter des Bunde's Oberland und des Frontbundes genannt wurde. Der Be-

treffende, der bereits vor gerichtlicher Verhaftung wurde, hat zweifellos hintermänter gehabt, wenn man bisher noch nicht darüber gesprochen sei. Schreyer gibt an, er sei Oberleutnant gemeinen und habe früher in der Abteilung III b des Großen Generalstabes im Orient dient gearbeitet.

Diese Behauptung entspricht jedoch, wie die Korrespondenz hinzufügt, kaum den Tatsachen, da Offiziere während des Krieges im Orient dienten als Agenten überhaupt nicht verwendet werden sollten. In der Abteilung III selbst habe ein Oberleutnant Dr. Schreyer nicht gearbeitet. Es bestehet der Verdacht, daß der falsche Name jedoch benutzt worden ist, und daß er früher unter einem anderen Namen als Agent der Nachrichtendienstleitung des Großen Generalstabes gewesen ist. Im übrigen seien, so fügt die Korrespondenz hinzu, noch eine ganze Reihe weiterer Fälschungen im Umlauf, von denen auch das Ausland Kenntnis erhalten hat. So sei zum Beispiel zurzeit der Verhandlungen zwischen Stresemann und Briand dem leichteren einen Gespräch mit, daß die im Zusammenhang mit diesen Fälschungen verdeckte Persönlichkeit, ein angeblicher Dr. Schreyer ist, der in dem vom Jungo veröffentlichten Protokoll als Vertreter des Bunde's Oberland und des Frontbundes genannt wurde. Der Be-

misse in der Frage der Feststellungen. Die Botschafterkonferenz wird nach dem neuzeitlichen getroffenen Dispositionen vornehmlich am Sonnabend zusammenkommen, um die zwischen der deutschen Regierung und den alliierten Militärs vereinbarten Lösungen zu prüfen. Ihre Zustimmung dazu gilt als sicher. In der gleichen Sitzung wird dann die offizielle Feststellung erfolgen, daß Deutschland auf dem Gebiete der Übereitung allen ihm im Friedensvertrag von Versailles auferlegten Verpflichtungen nachgekommen ist.

Am 1. Februar, dem Tage, an dem die interalliierte Militärfontäkkommission Berlin endgültig verlassen wird, geht die militärische Überwachung Deutschlands automatisch auf den Völkerbund über. Die Einigung, zu der es zwischen Deutschland und den Alliierten dank der beiderseitig gemachten Konzessionen über die beiden Westfragen gekommen ist, hat die in Genf zwischen Briand und Stresemann für den Fall des Unvermögens einer direkten Vereinigung vorgenommene Annahme des Völkerbundes überflüssig gemacht. Das ist um so erfreulicher, da dadurch nicht nur eine unnötige Belastung der Umweltkasse von Genf, sondern auch die Vornahme einer Untersuchung durch die Untersuchungskommission, die im Falle einer schiedsgerichtlichen Lösung unvermeidlich geworden wäre, vermieden ist. Nach der Sonnabend zu erwartenden offiziellen Feststellung der Botschafterkonferenz, daß Deutschland sich mit den Entlassungsbestimmungen des Friedensvertrages von Versailles in Einklang befindet, wird die Untersuchungskommission nur noch auf Grund eines vom Völkerbundrat mit Mehrheit gefassten Beschlusses in Tätigkeit treten können.

Regierungsbericht im preußischen Ostauschuss

BD. Der Unterabschluß des Ostauschusses des preußischen Landtags nahm am Donnerstag einen Bericht der Staatsregierung über die Durchführung des "Sofort-Programms" entgegen. Darnach sind in den letzten Tagen beträchtliche Mittel zur Urschüttung gelangt. Wegen der Verwendung des rechtlichen Teils bestehen noch Meinungsverschiedenheiten, die behoben werden müssen. Der Ausschuß nahm einstimmig eine Entscheidung an, in der die Staatsregierung erfuhr, daß das Sofort-Programm nach dem seit jezt vom Unterabschluß beschlossenen Richtlinien durchzuführen und nachträglichen Aban-

Theater geben, wo wenigstens große Schichten Ausdruck ihres Bebens und Klärung ihres Erlebens finden. Die Volksbühne ist auf diese Verhinderung zahlenmäßig begrenzt, sie müßte ihn nur entziffern können auf die Gesicht hin, manchen einsetzen zu erscheinen; aber die einstige Theateraufführung ist der jahrlangen vorzusehen, und geschicktes Lodieren erlebt noch keine Überzeugung.

Bernhard Blume.

In dieser Gefahrkrise des Theaters beruht die Rettung auf den Autoren, Schauspieler, Regisseuren, Inszenatoren haben wir die Rille. Es fehlt an einer Phantasie von Theaterdichtern mit folgenden Zielvorschriften: 1. Verständlichkeit und Realität der Darstellung (Kontakt mit Publikum). 2. Aktualität der Probleme (Abbau, Arbeitslosigkeit, Komödie und Tragödie der freien Liebe; Komödie der Erziehung; Snoti ab absurdum; der Maschinennamen). 3. Technik! d. h. Bewegung und Spannung, die nicht erst dem Meister überlassen wird, sondern im Stück liegt (Geschenk zum Kind!). Der Dichter muß arbeiten, sonst fräß ihm der Kompromiß das Werk vor dem Werke weg. Talent ist selbstverständlich Voraussetzung für leben, der schreibt Genius — ed. Gott! — alle fünfzig Jahre. Bernhard Diebold.

Es ist keine, und zwar schon beim leichten Winkelritter, Wette, von der Katastrophen des Theaters zu trennen — woraus bisweilen nichts bricht als Marzel an Liebe, um nicht zu sagen Schadenfreude. Angesehen: in Berlin sieht die Sache ja böse aus — aus Gründen, die hier nicht zur Erörterung liegen. In fast allen autonomen Städten des Reichs ist die Krise aber weit harmloser und am Ende nicht als eine nach 1914—1920 unvermeidliche, unvermeidbare und sehr natürliche Nebenerscheinung. Wir in unserer Großstadt-Rückständen hören, daß mit der Schließung der allgemeinen wirtschaftlichen Debetur auch die der Bühne aufzufinden werden freilich, ohne den Vorspann der Theatervorlesungen wäre der Theaterschauspieler längst stunden geblieben. Wir wollen den Wert dieser Organisationen keineswegs übersehen, müssen aber doch anstreben, daß das Theater in seinen schwersten Stunden über Wasser gehalten und ihm neue Freunde aufgefunden haben.

Sport, Film, Radio sind gewiss Stützensteine der Kunst — Verkünder, Kultörer sind sie nicht. Der Sport ohne geistige Beziehung, das Wort oder Sicht: die Sicht ohne Sport — letzten Endes sind sie doch nur das Neue, auf das sich die immer spielerischen Kinder stützen. In ihrer bescheidenen Bedeutung wenigstens können sie die Sondertheater und Sonderwerke des Theaters weithin vollkommen verdrängen noch erleben.

Die neuen Erfindungen haben sehr viel vom Theater entliehen. Umso leichter läßt sich Erinnerung und Spielerei.

Spielerei: „Spezi man auf!“

Judwig Goldstein, Königshütte.

Die einzige Möglichkeit des Theaters, der Konkurrenz vor Film und Rundfunk auf die Dauer zu begegnen, ist die Rückkehr zum künstlerischen Ensemble. Sammlung, nicht Periodikierung der schauspielerischen Kräfte scheint mir die Urtheile der Sprechbühne. Einigermaßen vielleicht verliert das Theater bei dem Versuch, für moderne Menschen zu spielen, auch noch dielectricen, auf die es nun bisher verzerrt hat, nämlich die Lente, die immer noch rückwärts gehen. Solange die Missionierung des deutschen Volkes erhalten wird, wird auch die periodische Bedeutung des Theaters erhalten, und die Hoffnung auf ein „National-Theater“ im bestmöglichen Sinne bleibt verneßt; aber es sollte

berücksichtigt werden, daß die Sitzungen von Gemeinden nun nicht stattfinden. In einer zweiten Entscheidung wurde die Staatsregierung erachtet, für das Haushaltsjahr 1927 weniger die gleichen Beiträge vom Reich anzufordern wie für 1926. Sobald möchte sich der Ausdruck der Erörterung der Grundfrage zu, nach denen die östlichen Grenzgebiete und den einzelnen Titeln des preußischen Haushaltssplans für 1927 besonders bedacht werden sollen.

Das Grundschulgesetz im Reichstag

261. Sitzung vom 27. Januar

Die zweite Beratung der Anträge des Zentrums und der Deutschen Nationalen auf Änderung des Grundschulgesetzes wird fortgesetzt.

Alo. Frau Scheibel (Dm) tritt für die Anträge in der Ausschaffung ein. Auch die Linke sollte aus sozialen Gründen damit einverstanden sein, daß Vorschriften nur dann abgehen werden, wenn die Lehrkräfte und Unterhaltungssträger aus öffentlichen Mitteln entzweit hätten.

Alo. Rheinländer (Renz) weiß die Anträge der Linken gegen die Vorlage zuwidern. Die Linke möchte hier aus einer radikal sozialen Erziehungsmethode eine hochpolitische Idee machen.

Alo. Rosenbaum (Kom) befähigt die Vorlage. Die Regierung müsse sich darüber äußern, ob sie ihre Rechte bereits an einem neuen schwarz-blauen Minister abgetreten habe.

Alo. Dr. Raabe (Dm) erwähnt den Zustandsantrag und bestreitet, daß er eine Verfassungsänderung bedeutet.

Alo. Hönnberg (Dem) äußert große Bedenken. Es möglicherweise eine so wichtige Anlegenseite erledigt werden.

Alo. Rabe (Wlf) tritt als letzter Redner für die Ausschaffung ein.

Die Abstimmung wird berichtet. Die von den Bölkischen beantragte Novelle zum Aufwertungsgesetz wird dem Reichstag nicht überreicht.

Um 11 Uhr verläßt sich der Reichstag auf den 3. Februar, 2 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht Entgegennahme der Regierungserklärung.

400 000 Freies unterzählen.

w. Saarbrücken, 27. Januar. Der Buchhalter Stupp, der auf dem Saarländer Güterwerk mit der Führung der Schätzungen beauftragt war und dabei durch Schilderungen das Werk im Laufe von zwei Jahren um 400 000 Tanten geschädigt hatte, wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

empfindet, nur mit dem Unterschiede, daß die künstlerischen Ereignisse in Verbindung mit Theatralischer Wirkung viel tiefere seelische Beziehungen erreichen.

Das Theater braucht Dramaturgen, die diese Stände sehen, es braucht Reifeleute, die bereitstehen können, es braucht Schauspieler ohne komödiantische Dummel, es braucht einen Nachwuchs ohne Snobismus. Das Urtheile ist eine Angelegenheit wirtschaftlichen Gedankes und der Erkenntnis isolater Zusammenhänge.

Kurt Schröder.

Die Lebensmärkte, die das Gesetz unserer Gegenwart bestimmen, sind vor allem kollektiver Natur, und die großen sozialen Kräfte, wie sie in dem neuen Gesetz der Städte, in Wirtschaft und sozialem Leben zum Ausdruck kommen. Deshalb wird auch das neue Publikum des Theaters im wesentlichen einen kollektiven Charakter haben, wird also Masse sein und dadurch grundverschieden von dem irgendwie aristokratischen Publikum der Theater der feudalistischen und großbürgerlichen Epochen. Dieses Publikum war im Gegensatz zu den seitenspezifischen Massen sehr individualisiert und leicht bestellt auch auf der Bühne Individuen und ihre einsamen Probleme. Die heutige Masse aber wirkten auch auf der Bühne gesellte Masse und ihr Leben zu leben. Das bedeutet die Rettung nach einem neuen Drama, das grundverschieden von der bisherigen dramatischen Sprache ist und im wesentlichen der Verlust, das Leben der Gegenwart in starlen und zugleich radikalen Bildern wiederzugeben.

Rudolf Kaiser.

Sondern, aber doch schon darüber hinaus, offenbar vor der Schauspielerkunst der Städte wieder durch, daß das Theater will, wie der Theatertein und nicht andere. Ganz bestimmt wird es sich als ein Selbstzweck erweisen, wollte man, wie es durch die funktionslose Eintheilung des Werks im Saar-Sprechertheater zuliebe ist, die Grenzen der wesensunterschiedenen Gattungen verfehlten. Je mehr das Theater der elementaren Freude des Menschen am Theatertreiben entspricht, je mehr die großen Schauspielerischen Räthen einfach wieder Theaterbäder. Komödianten im allerhöchsten nobelsten sind vor nicht deprivierenden Sätzen zu leben, dürfen, je mehr das Theater wieder eine Sichtbühne, aber geordnete Sprechtheit lebt wird, um so eher wird das Publikum vom Film, Radio, Sport weg und ins Theater, aber, neben ihm, auch ins Theater gezogen werden.

Gerd Kaudien.

Die Lebensbedingungen des Schauspielens im Jahre 1927 ist: Will es am Gegenwart. Ob Unterhaltungskunst, ob große Tragödie: der Zuschauer muss hören, daß ihn die Bühnenvorführungen annehmen. Literaturgeschichtliche Illustrationen, literaturtheoretische Schauspielerkunst werden niemand etwas an. (Die gemeinsame Schauspielerkunst soll Hofmannsthal, Max Reinhardt und Rudolf Schäfer.) Das Theater braucht um bestehenden Publikum: am „verbüßbaren“ Bürger: am mobilen Ged: an älteren Trotzern. Das Theater kann nur gelingen, wenn das Publikum energetisch verfehlt, daß von den oberflächlichen Muskelbewegungen bis zu den wesentlichsten, intensivsten Erfahrungen — es fehlt auf der Bühne neuer, angedeuteter, künstlerisch geführter, gedrehter wird.

Walter Husenleiter.

Personlichkeiten sind das Interessante beim Theater, nicht das Handwerk und nicht theoretische Erörterungen. Persönlichkeiten werden ihre Auszeichnungsart nie verschleiern. Sie sind aber bestimmt nicht Schriftsteller der Natur, sondern ein Glücksfall, können daher nicht in beliebiger Menge bezogen werden.

Ulrich Gade München.